

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 6 (1914)
Heft: 3

Rubrik: Internationale Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 07.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

terin Frau Schmidt-Schreiber, die diese Forderungen unterstützt.

Die Resolution wurde sodann stillschweigend angenommen.

Schliesslich beantragte der Bundesvorstand folgende Resolution zum *Tabakmonopol*: «Der Arbeitertag vom 13. April 1914 in Luzern erklärt, dass die schweizerische Arbeiterschaft nur dann einem Tabakmonopol ihre Zustimmung geben kann, wenn die Erträge dieses Monopols nicht zu fiskalischen Zwecken verwendet werden, sondern nur zur Einrichtung einer Alters- und Invalidenversicherung.» *Greulich* begründete die Resolution kurz; *GrosPierre-La Chaux-de-Fonds* und *Huggler-Bern* opponierten, da die Resolution schon die Zustimmung zu einem neuen Monopol enthält, während alle Erfahrungen mit der Bundespolitik dagegen sprechen. Wenn der Bund Geld braucht, soll er direkte Steuern erheben. Der christliche Gewerkschafter *Brielmaier-St. Gallen* trat für die Resolution ein. Die Resolution wurde hierauf mit schwachem Mehr angenommen. Lang bemerkte interpretierend dazu, dass die Resolution unsere Zustimmung zum Monopol nicht enthalten soll. Hierauf wurde der Arbeitertag um 1 Uhr mittags geschlossen.



Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Aus *Bulgarien* erhalten wir folgende Mitteilung: *Zur Einigung der Gewerkschaften in Bulgarien.* Karl Legien, der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, begleitet von W. Bukseg, dem Sekretär der Zentralkommission der Gewerkschaften Kroatiens, traf am 17. April in Sofia ein, um die Einigung der bestehenden zwei Gewerkschaftszentralen in Bulgarien anzubahnen. Die Arbeiterschaft von Sofia bereitete diesen zwei angesehenen Vertretern der Internationale einen überaus herzlichen Empfang. Am 19. April hielt Genosse Legien einen öffentlichen Vortrag über die Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Ueber 6000 Personen, die dicht gedrängt, den grössten Theatersaal von Sofia ausfüllten, lauschten gespannt seinen Worten und gaben in einer stürmischen Ovation ihrem Gefühle der Solidarität mit dem internationalen kämpfenden Proletariat sowie ihrer Verehrung zu dessen verdienstvollen Führern Ausdruck.

In einer Konferenz der Vertreter sämtlicher Berufsorganisationen, die der einen und der anderen Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind, bemühte sich Genosse Legien, die Differenzen zwischen den beiden streitenden Teilen zu schlichten. — Zuerst erstatteten die Sekretäre ihre Berichte über die Stärke der Landeszentralen für den Zeitraum vom 1. Januar 1914 an. Daraus ergab sich, dass der «enge» Gewerkschaftsbund, der in inniger Verbindung mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (genannt «engherzig») steht, am 20. März (a. St.) a. c. 13 Zentralverbände mit 6563 (gegenüber 8500 vor dem Balkankrieg) Mitgliedern zählte, eine Gesamteinnahme von 20,283 Fr., davon allein 15,534 Fr. an regulären Mitgliederbeiträgen, und einen Kassenbestand von 40,410 Fr. hatte; hingegen zählte am 1. März (a. St.) der weitherzige Gewerkschaftsverband, der mit der «weitherzigen» sozialistischen Partei verbunden ist, sechs Verbände mit 3163 Mitgliedern (gegenüber 4000 vor dem Balkankrieg), mit einer Gesamteinnahme von 7153 Fr., davon 3920 Fr. an Mitgliederbeiträgen, und einen Kassenbestand von 4678 Fr.

Von einer Assimilation der schwächeren Organisation durch die stärkere wollte Genosse Legien absehen, und da er auf den Umstand Rücksicht nahm, dass die beiden Zentralen mit zwei sozialistischen Parteien eng

verbunden sind, fand er als zweckmässig, eine Vereinigung der Gewerkschaften beider Richtungen auf parteipolitisch neutraler Basis anzuraten. Die «Weitherzigen» willigten ein. Die «engen» Gewerkschaftsführer bekämpften jedoch diese Basis, da sie fürchten, dass in eine parteipolitisch neutrale Organisation leicht die verderblichen Tendenzen des revolutionären Syndikalismus übertragen werden könnten; eine solche Organisation würde auch in eine Aera für die gegenseitige Bekämpfung der «engherzigen» und der «weitherzigen» Partei verwandelt, um von neuem zur gewerkschaftlichen Spaltung zu führen, wie es 1904 der Fall war. Sie begründeten ihren Standpunkt folgendermassen: Die Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien kam unter dem wohlthuenden Einfluss der sozialdemokratischen Partei ins Leben und hat ihre für die bulgarischen Verhältnisse befriedigende Erfolge hauptsächlich der Mitwirkung und der moralischen und materiellen Aufopferung der Partei zu verdanken. Die innere Festigkeit der Organisation, die stramme Disziplin und die sozialistische Erziehung der Mitglieder sind ebenfalls ein Werk der Partei. Die Bande zwischen Gewerkschaften und Partei sind historisch erschaffen; sie können nicht leicht zerrissen werden, ohne dadurch tiefe Erschütterung in der Gewerkschaftsorganisation selbst hervorzurufen. Die «Weitherzigen» haben keine zentralistischen Berufsverbände, sondern nur lose Gewerkvereine, und zwar in einer beschränkten Zahl von Berufen des Klein-gewerbes, denn die industriellen Arbeiter, insofern sie organisationstauglich sind, zählen zu den «engen» Gewerkschaften. Die «weitherzige» Gewerkschaftsorganisation stellt eine beträchtliche Minderheit von sich dar und soll einfach dem «engen» Gewerkschaftsbunde unter Anrechnung aller erworbenen Rechte der Mitglieder beitreten.

Die «weitherzigen» Gewerkschafter hätten nichts dagegen, die Verbindung ihrer Organisation mit der «weitherzigen» Partei vollständig aufzugeben. Sie erklärten jedoch, dass sie eine Vereinigung auf neutralem Boden anstreben mit Rücksicht auf die Verbände der Eisenbahner, der Post- und Telegraphenbeamten sowie der Kellner, die sich nun ausserhalb der beiden Landeszentralen halten und einer geeinigten neutralen Organisation beitreten würden. Allein die «engen» Gewerkschaftsführer machten darauf aufmerksam, dass die zwei ersteren Verbände von einem Klassenkampf nichts wissen wollen und die Mehrheit ihrer Mitglieder ihre feindliche Stellung gegenüber dem Sozialismus offen bekunden; sie würden sich daher nie einer gewerkschaftlichen Landeszentrale anschliessen, die auf der Grundlage des Klassenkampfes aufgebaut ist. Zuletzt machten die «Engherzigen» einen Antrag, demzufolge ein gemeinsamer Gewerkschaftskongress mit proportionaler Vertretung der beiden Gewerkschaftsbünde einberufen werden soll, der über die Frage der Neutralität, resp. der Beziehungen des künftigen geeinigten Gewerkschaftsbundes zu der sozialdemokratischen Arbeiterpartei definitiv entscheiden soll.

Die «Weitherzigen», die diesen Vorschlag auf der Konferenz verwarfen, nahmen ihn zuletzt, zwei Tage nach der Abreise des Genossen Legien, prinzipiell an. Gegenwärtig wird in den Organen beider Richtungen eine lebhaft Polemik darüber geführt, ob an den Verhandlungen des gemeinsamen Gewerkschaftskongresses auch andere Berufsorganisationen, die den beiden Landeszentralen nicht angehören, regelrecht zugelassen werden können.

Für die drei Tage, an welchen sich Genosse Legien die Mühe gab, die Einigung der beiden Gewerkschaftszentralen herbeizuführen, konnte kein endgültiges Ergebnis erzielt werden. Eine unmittelbare Folge zeitig-

ten aber die Verhandlungen, die er leitete: eine auffallende Versöhnung und Annäherung der Arbeiter der einen und der anderen Seite. Die Frage der Einigung steht im Vordergrund und bildet ein lebhaftes Diskussionsthema bei Konferenzen, Versammlungen und im Gespräche der Arbeiter beider Richtungen. Allgemein wird die Auffassung geteilt, dass es auf eine oder andere Weise zur Einigung kommt, und es muss dazu kommen.

Am 6. Mai (n. St.) tagt der Kongress des «weitherzigen» Gewerkschaftsbundes, und man erwartet, dass sein Beschluss über die Frage, die Vollziehung der gewerkschaftlichen Einigung beschleunigen wird. Der grösste Teil der Mitgliedschaft der «weitherzigen» Gewerkschaften bildet ihre linke Richtung, die sich merklich an die «engherzigen» Gewerkschaften nähert. Es sind die rührigsten Elemente, die die Führung in der Hand haben, und es wird gehofft, dass sie auf dem Kongress gegen die Neutralität stimmen werden.

Wenn dies zutrifft, so steht der gewerkschaftlichen Einigung in Bulgarien nichts mehr im Wege. So wird dem Bruderzwist unter der organisierten Arbeiterschaft Bulgariens, der eine zehnjährige traurige Geschichte hinter sich hat, ein Ende gesetzt, um einer machtvollen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung Raum zu geben.

Diese freudige Nachricht hoffen wir der Internationale demnächst bringen zu können. Sie soll auch dem Genossen Legien, dem verehrten Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, eine moralische Befriedigung gewähren für alle seine Mühe, der er sich hingab, um die streitenden bulgarischen Brüder auszu-söhnen.

Sofia, den 26. April 1914.

Armin.



Diverses.

„Krieg dem Schokoladetrust.“

In diesen Schlächtruf stimmen die *Bauern* ein, die sonst nicht genug über den Verband schweiz. Konsumvereine schmälen können. Sehr temperamentvoll schreibt das Organ der ostschweiz. landwirtschaftlichen Genossenschaften:

«Es handelt sich bei diesem Kampfe nicht um die Prozente an sich, um die der Verband und die Genossenschaften schlechter gestellt werden wollten, sondern es handelt sich darum, ob wir als feige Krämerseelen, die in der Furcht vor ein bisschen Umsatzverminderung wie Blattläuse an einzelne Marken und Fabriken kleben und uns von den braunen Ameisen, resp. Schokoladenbaronen aussaugen lassen wollen oder ob wir, getreu unserer bisherigen Tradition, das Ganze im Auge behalten, Ellbogenfreiheit zu bewahren und Rückgrat zu zeigen gewillt sind. Der Trust begründet sein Vorgehen einmal mit der abgeschmackten Leier von der Erhöhung der Rohmaterialpreise. In Wirklichkeit ist der Zucker seit Jahresfrist um 20–30 Prozent, die Milch um 10–20 Prozent billiger geworden gegenüber den Vorjahren. Der Kakao hat, der allgemeinen Weltpreislage folgend, seinen hohen Stand ebenfalls verlassen. Der Hauptrufer im Streit, Nationalrat Cailler in Broc, der Typus eines ebenso geschäftsgewandten wie rücksichtslosen American-Trustmannes, zahlt für eine der besten Milchen, die es in der Schweiz gibt, den Produzenten im Saanenland, 14,5 Rappen! Dagegen hat derselbe Herr Cailler, der bereits die Fabriken «Peter und Kohler» und die «Lucerna» verspeist hat, genug Geld, um einen volkswirtschaftlich unnützen Reisenden nach dem andern dem geplagten Verwalter und Depothalter auf den Hals zu hetzen. Nur für die deutsche

Schweiz stellt er an die 400 Mann ins Feld. Mit der Gründung des Ringes hat er das Jagdgebiet jedes einzelnen dieser Herren verkleinert und eine Anzahl frischer Kräfte angestellt, um seine Marken noch intensiver anpreisen und — die liebe Konkurrenz ganz zu schlagen. Die guten zwölf andern Fabriken scheinen in ihrer biedern Handlanger-Dienstbeflissenheit nicht zu merken, dass sie bei der Gelegenheit vielleicht mehr Haare lassen müssen, als diejenigen, auf die es speziell abgesehen.»

Halten die schweizerischen Konsumenten jetzt wacker zusammen, stehen sie treu zu den Beschlüssen ihrer Einkaufsverbände, meiden sie die Ringmarken, so werden sie mit den Schokoladenherren so gut fertig werden, wie vordem schon mit andern, die ebenfalls geglaubt hatten, das kaufende Publikum nach Lust und Laune knechten und ausbeuten zu können, von ihrem Irrtum aber gründlich kuriert worden sind.

Patrioten — Beutelschneider!

In der Bundesversammlung wurde kürzlich ein 4-prozentiges Anleihen von 60 Millionen der Bundesbahnen zum Kurs von 97 Prozent genehmigt. Die Genehmigung erfolgte unter dem Eindruck der Erklärungen, dass man rasch abschliessen müsse, um das Anleihen in der Schweiz unterbringen zu können. Der Geldmarkt im Auslande sei gespannt, eine Ermässigung des Zinsfusses sei für die nächste Zeit nicht zu erwarten und so müsse man eben die harten Bedingungen, die die schweizerischen Banken stellen, akzeptieren. Das ist denn auch geschehen. Die Bundesbahnen haben einige Millionen an Provisionen zu bezahlen, und während sie sich eben anschicken, das Opfer zu bringen — sinkt der Zinsfuss. Sogar den bürgerlichen Politikern schwant etwas. So schreibt Ständerat Winiger im «Vaterland» zu der neuesten Beutelschneiderei unserer Prozentpatrioten: «Auch hat man bei dem Anlasse wieder einmal erfahren, dass auch die gewiegtsten Fachleute in solchen Dingen eigentlich nicht viel mehr vorauswissen, wie andere Sterbliche. Es ist ja anzunehmen, dass noch vor zehn Tagen unsere ersten Finanzleute die nun eingetretene Wendung gar nicht vorausgesehen haben: sonst wäre ihnen entgegenzuhalten, dass sie dem Bund für das Anleihen zu harte Bedingungen gestellt, bezw. ihn mit der Empfehlung des Abschlusses zu diesen Bedingungen nicht gut beraten hätten.»

Den naiven Glauben des Herrn Ständerat in Ehren. Die Bankokraten aber werden sich ins Fäustchen lachen und schmunzelnd die Millionen einstecken, die ihnen durch die Dummheit der weisen Landesregierung mühe-los zufielen. Mit dem Extraprofit, den die Bundesbahnen dem Finanzkapital entrichten müssen, aber hätte man leicht die Kosten der Nachdienstentschädigung, wie sie von den Eisenbahnern verlangt wird, bestreiten können.



Protest gegen die Ausweisung ausländischer Arbeiter.

In der Schweiz wie in monarchischen Staaten müssen die Lohnarbeiter beständig einen schweren Kampf um die Anerkennung ihrer Menschenrechte wie um die Sicherung eines menschenwürdigen Daseins für sich und ihre Familien führen.